



## Niederschrift

### 28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.04.2010
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:46 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Raum 280 a

---

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Jann Jakobs    SPD

**Ausschussmitglieder**

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	bis 19:30 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU	
Herr Michael Schröder	CDU	
Herr Nils Naber	Grüne/B90	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

**stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Peter Kaminski                                      DIE LINKE

**Nicht anwesend ist:**

**Ausschussmitglied**

Frau Dr. Karin Schröter                                  DIE LINKE                                  entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Dr. Magdowski, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Herr Klipp, GB 4  
Herr Grebner, Prof. Wenisch, Herr Dienst, Klinikum „Ernst von Bergmann“  
Frau Stolle, Frau Barthelmes, Betriebsrat Klinikum „Ernst von Bergmann“  
Herr Paffhausen, Herr Böhme, SWP  
Herr Graumann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
Frau Kosel, Personalrat  
Herr Hadlich, Büro des OBM  
Schriftführerin:  
Frau Ziegenbein    (und weitere siehe Gästeliste)

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17. März 2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Berichterstattung zum Transformationsprozess des Klinikums Ernst von Bergmann
- 4 Sport- und Freizeitbad  
Vorlage: 10/SVV/0308  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 5 Stadtmarketing  
Vorlage: 09/SVV/1043  
Fraktionen FDP/Familien-Partei, CDU/ANW
- 6 Kriterien für die Durchführung zu Bürgerbefragungen  
Vorlage: 10/SVV/0042  
Fraktion DIE LINKE
- 7 Green IT (Energiesparende Informations- und Kommunikationstechnik)  
Vorlage: 10/SVV/0136  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 8 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2010  
Vorlage: 10/SVV/0295  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Sachstandsbericht - Tierheim
- 10 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17. März 2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung beantragt Frau Dr. Müller namens der Fraktion DIE LINKE Rederecht für den Betriebsrat des Klinikums „Ernst von Bergmann“ zum Tagesordnungspunkt 3. Dem stehe nichts entgegen, so der Oberbürgermeister, da dies auch bei allen anderen Berichterstattungen zum Transformationsprozess so gehandhabt worden sei.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Information zum Stand der Prüfung der DS 09/SVV/1072 - Rederecht für Stadtverordnete in Ausschüssen -, der unter der Maßgabe, eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht einzuholen, zurückgestellt wurde. Dies liege nun mehrere Wochen zurück, so dass zumindest eine Zwischeninformation möglich sein müsse. Da Herr Exner den Sachstand nicht zur Kenntnis geben kann, wird eine Aufnahme der o. g. DS in die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung zugesagt.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 27. Sitzung des Hauptausschusses vom 17. März 2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

#### **zu 3 Berichterstattung zum Transformationsprozess des Klinikums Ernst von Bergmann**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Geschäftsführer des Klinikums „Ernst von Bergmann“ Herrn Grebner, Herrn Prof. Wenisch, ärztlicher Direktor, und Herrn Dienst, Pflegedirektor, sowie die Vertreter des Betriebsrates Frau Stolle und Frau Barthelmes.

Anschließend erläutert Herr Grebner die Entwicklung der Jahresergebnisse im Konzern und betont, dass diese ohne betriebsbedingte Kündigungen, sondern durch Erlössteigerungen und Sachkostenreduzierungen erreicht wurde und es auch keinen Mittelabfluss an die Gesellschaft gegeben habe.

Im Weiteren geht er auf die Erlösentwicklung, die Etablierung neuer medizinischer Fachbereiche, die Personalbestandsentwicklung und Module des Transformationsprozesses, wie die Personalentwicklung, die Organisations- und Prozessentwicklung sowie die Entwicklung der Dienstleistungen ein.

Der Oberbürgermeister betont, dass sich die Stadt derzeit nicht in den Tarifkonflikt einmischen werde und dessen Lösung den Vertragsparteien vorbehalten

bleibe. Anschließend erläutert Herr Grebner die Inhalte des Tarifkonflikts und die Auffassung der Geschäftsleitung dazu.

Entsprechend der Vereinbarung erhält Frau Stolle für den Betriebsrat das Rederecht. Sie verweist auf die schriftlich ausgereichte Stellungnahme und bittet um Rückfragen seitens der Hauptausschussmitglieder, die bei Bedarf auch im Nachhinein und telefonisch möglich seien.

In der sich anschließenden Diskussion bittet Herr Naber um eine Übersicht aller Gesellschaften im Klinikum, die Frau E. Müller als Anlage zum Protokoll zusagt.

Im Weiteren werden die Nachfrage durch Herrn Grebner, Herrn Prof. Wenisch und Herrn Dienst beantwortet. So verweist Frau Dr. Müller auf den Weggang zahlreicher erfahrener und langjährig am Klinikum tätiger Fachärzte und fragt nach, ob dafür ein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stehe; Herr Naber fragt nach der betrieblich vereinbarten Arbeitszeiterfassung für Ärzte; Herr Schubert nach dem Aufwuchs von Fachpersonal und Frau Knoblich nach Gründen für den laut Betriebsrat „Vertrauensverlust in Überlastungsanzeigen“.

Herr Schubert drückt seinen Respekt für die schriftliche Stellungnahme des Betriebsrates aus, die beim nächsten Mal eventuell schon im Vorfeld zur Kenntnis gegeben werden sollte, um gezielter Nachfragen stellen zu können. Allerdings empfinde er die jetzt gewählte Variante als einen positiven Schritt, denn bei der letzten Berichterstattung habe es nur eine mündliche Stellungnahme gegeben.

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass das Klinikum grundsätzlich eine positive Entwicklung genommen habe und der Transformationsprozess der richtige Weg gewesen sei. Dabei sei es durchaus normal, dass sich im Zuge des Prozesses Reibungspunkte und Probleme ergeben. Ebenso empfinde er die regelmäßigen Berichterstattungen unter Mitwirkung des Betriebsrates als positiv und meine, dass auch diesbezügliche Auseinandersetzungen normal seien. Er werbe dafür, die Sichtweise des Betriebsrates in die weitere Betrachtung und Entwicklung einfließen zu lassen und dafür, dass der Mindestlohn für die vom Tarifstreit betroffenen Beschäftigten gesichert werde, nicht zuletzt, weil es sich um ein städtisches Unternehmen handle. Der Oberbürgermeister entgegnet darauf, dass er die Entwicklung aufmerksam verfolge und meine, dass das jetzt vorliegende Angebot eine beträchtliche Steigerung beinhalte. „Muskeln spielen zu lassen“ gehöre sicher zum Programm bei Tarifkonflikten – er empfehle den Parteien sich zu einigen. Herr Grebner verweist darauf, dass es für ihn unverständlich sei, warum die Gewerkschaft dieses konkrete Angebot ablehne und die Verhandlungen abgebrochen habe.

Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4 Sport- und Freizeitbad**

##### **Vorlage: 10/SVV/0308**

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Der Oberbürgermeister zieht eingangs ein Resümee der bisherigen Diskussion und verweist auf den am 31. März diesen Jahres veranstalteten Workshop. Anregungen und Hinweise im Rahmen der Diskussion seien in die jetzt vorliegende Vorlage mit eingeflossen.

In der sich anschließenden Diskussion beantworten Herr Paffhausen und Herr Böhme von den Stadtwerken die Nachfragen von Herrn Naber u. a. zur Brauchwassernutzung, zur Energiepreisentwicklung und –steigerung sowie zur Lebenszyklusbetrachtung, zum Planungswettbewerb, zum Schutz von Fauna und Flora sowie zur Refinanzierung der Grundstückserwerbskosten und von Herrn Lehmann zur Verlängerung der Betriebsgenehmigung der Schwimmhalle Am Brauhausberg und daraus resultierenden zusätzlichen Kosten.

Herr Dr. Scharfenberg fragt u. a. nach, ob entsprechend der Vorlage des Oberbürgermeisters ein Planungswettbewerb ausgelobt werde. Herr Böhme entgegnet, dass es in jedem Fall einen Planungswettbewerb, entsprechend dem, was mit der Vorlage 10/SVV/0037 am 27.01.2010 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, geben werde und die Stadtwerke auf zahlreiche Bewerbungen hoffen.

Im Weiteren schlägt Herr Dr. Scharfenberg folgenden Änderungsantrag vor:

Im Punkt 7 des Beschlussvorschlags, 2. Anstrich, wird eingefügt:

... **sind** über den Grundstücksverkauf mit zu begleichen....

Dieser Änderungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Unter Beachtung der Vorgaben des Vergaberechts sind die Planungsleistungen in einem Verfahren nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) an einen Generalplaner zu vergeben.**

**Die Bauleistungen sind nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) gewerkeweise zu vergeben.**

- 2. Die Auswahl des Generalplaners erfolgt in einem zweistufigen Verfahren:**

##### **1. Stufe:**

**In einem ersten Schritt erfolgte am 19.03.2010 der Versand der Auftragsbekanntmachung der Planungsleistungen an das Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union (EU) mit einer 6-wöchigen Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge bis zum 03.05.2010.**

**Die Auswertung aller eingegangenen Teilnahmeanträge erfolgt anhand der mit der Veröffentlichung festgelegten Kriterien.**

**Im Ergebnis werden maximal 5 Planer zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren durch die SWP zugelassen.**

**Bei der Auswahl dieser Planer erhält die SWP Unterstützung durch ein Auswahlgremium.**

##### **2. Stufe:**

**Die in der 1. Stufe ausgewählten Planer werden zur Abgabe eines Angebotes einschließlich Planungsentwürfen für ein Sport- und Freizeitbad aufgefordert.**

**Mit der Aufforderung zum Angebot werden erneut Vorgaben für die Bewertung mit benannt.**

**Die Prüfung der eingegangenen Angebote erfolgt durch die SWP. Dabei wird sie von einem Auswahlgremium beraten.**

- 3. Dieses Auswahlgremium setzt sich aus folgenden Teilnehmern zusammen:**

- Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
  - 1 Vertreter der Stadtwerke Potsdam
  - 1 Vertreter des GB II der Landeshauptstadt Potsdam
  - 1 Vertreter des GB IV der Landeshauptstadt Potsdam
  - 1 Vertreter der Architektenkammer des Landes Brandenburg
  - 1 Vertreter der Ingenieurkammer des Landes Brandenburg
  - 1 Vertreter jeder Fraktion der Stadtverordnetenversammlung der LHP
  - 1 Vertreter Asenticon AG (Moderation / Projektvorbereitung)
4. Das vorliegende Raumbuch der SWP (siehe Anlage 1) mit Stand vom 14.04.2010 bildet die detaillierte Planungsgrundlage für die Architekten bei der Planung des neuen Sport- und Freizeitbades mit folgenden Schwerpunkten:

- Sportbadbereich
- Familienbadbereich
- Sauna- und Wellnessbereich
- Fitnessclub
- Einsatz erneuerbarer Energien (Photovoltaik / Thermosolar)
- Maßnahmen zur energieeffizienten Ausrichtung des Bades

5. Das Sport- und Freizeitbad ist mit einer Niedertemperaturheizungsanlage zu versehen, die in einem späteren Entwicklungsschritt sowohl durch Tiefengeothermie als auch mit Wärme aus Aquiferspeichern betrieben werden kann.
6. In dem vorgegebenen Kostenrahmen von 18,0 Mio. € für das neue Sport- und Freizeitbad sind keine Aufwendungen für den Einsatz von Tiefengeothermie bzw. Aquiferspeichertechnik vorgesehen. In der Projektplanung ist der Einsatz von Photovoltaik- und Thermosolartechnik für die Energieversorgung des Bades mit zu bearbeiten. Sollte diese Technik zum Einsatz kommen, ist sie im festgelegten Budget i. H. v. 18,0 Mio. € für das neue Sport- und Freizeitbad mit enthalten.
7. Zur Refinanzierung eines Teiles der Investitionskosten i. H. v. 18,0 Mio. € ist der komplette Verkaufserlös aus dem Verkauf der Flächen Am Brauhausberg zu verwenden. Es wird mit mindestens 12,0 Mio. € Verkaufserlös gerechnet. Da die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf erst nach Außerbetriebnahme der bestehenden Schwimmhalle Am Brauhausberg zur Verfügung stehen werden, ist eine Vorfinanzierung durch die SWP zu sichern. Dafür sind nach Bedarf Einzelkredite aufzunehmen. Die weiteren Investitionskosten i. H. v. ca. 6,0 Mio. € finanziert die SWP.

Die Refinanzierung der bei den SWP angefallenen Kosten i. H. v. ca. 3,9 Mio. € für das Niemeyerbade Am Brauhausberg wird wie folgt geregelt:

- die Grundstücksentwicklungskosten i. H. v. ca. 1,5 Mio. € sind über den Grundstücksverkauf mit zu begleichen

- **die Aufwendungen für Planung, Projektsteuerung etc. i. H. v. ca. 2,4 Mio. € sind ggf. bei der SWP abzuschreiben.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

zu 5

**Stadtmarketing**

**Vorlage: 09/SVV/1043**

Fraktionen FDP/Familien-Partei, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte neue Fassung vom 15. März 2010 und bittet Frau Engel-Fürstberger, diese einzubringen.

Frau Engel-Fürstberger betont, dass es nunmehr eine Abstimmung des Antrags-textes mit den Bereichen Marketing und Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung gegeben habe, in der die Intentionen des Antrags verdeutlicht und besprochen worden seien. Im Rahmen eines Workshops soll ein Erfahrungsaustausch mit anderen Städten, wie z. B. Luzern und Hameln organisiert werden, um Impulse dafür zu erhalten, wie die Innenstadt belebt werden könne. Gleichzeitig solle auch das Geschäftsstraßenmanagement betrachtet werden, um Optimierungsmöglichkeiten für Potsdam abzuleiten.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller zu den finanziellen Auswirkungen verweist sie darauf, dass der Workshop bereits geplant sei und nur durch die Einladung von „Externen“ Kosten entstehen, die jedoch durch zu erwartende Einsparungen wieder gedeckt sein werden.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob der Workshop sowieso geplant sei oder mit dem Antrag von außen in die Verwaltung getragen werde und, ob die Verwaltung so etwas begleiten müsse. Er betont, dass sich ihm die Erfordernisse des Antrags nicht erschließen. Frau Engel-Fürstberger entgegnet, dass es in anderen Städten ein effektiveres Stadtmarketing gebe und eine Veranstaltung zur Evaluation sowieso stattgefunden hätte – mit dem Antrag werde allerdings der Rahmen etwas breiter gefasst. Der Oberbürgermeister verweist auf die jetzt beabsichtigte Verknüpfung von Stadtmarketing und Geschäftsstraßenmanagement.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob sich die Betrachtung auf die gesamte Stadtfläche beziehe oder es sich um eine Zentrenbetrachtung handle, entgegnet Frau Engel-Fürstberger, dass sich ihr die Unterscheidung nicht erschließe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur stärkeren Ausschöpfung des Kunden- und Entwicklungspotenzials im Einzelhandel einen Workshop zu veranstalten. Dazu sind neben Vertretern aus der Politik, des Handels und des Tourismus in Potsdam vor allem Ansprechpartner aus Städten einzubeziehen, die ein erfolgreiches Stadtmarketing-Management betreiben. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls über die Entwicklungen des Geschäftsstraßenmanagements berichtet werden.

Der Workshop soll im zweiten Halbjahr 2010 stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 4

## zu 6

### Kriterien für die Durchführung zu Bürgerbefragungen

Vorlage: 10/SVV/0042

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass nach Aufnahme der Bürgerbefragung in die Hauptsatzung der Landeshauptstadt nun die Kriterien gestaltet werden müssen, so dass auch Bürgerbefragungen zu Themen möglich werden über deren Ausgang man sich nicht von vornherein im Klaren sei. Die Fraktion DIE LINKE habe darauf verzichtet, diesen Antrag mit konkreten Punkten zu untersetzen – hier solle die Verwaltung tätig werden und sich z. B. umsehen, wie das in anderen Städten gehandhabt werde und was davon für Potsdam relevant sein könne. Herr Exner verweist darauf, dass die Schaffung von Fallgruppen und die Auswahl von Themen nicht im Sinne der Hauptsatzungsregelung sei – diese sei offen und flexibel verfasst, indem der Hauptausschuss über Inhalte, Zeitpunkt und Art der Fragestellung beschließe. Deshalb halte er das Anliegen des Antrags nicht für sinnvoll. Frau Dr. Müller merkt an, dass genau diese Regelung dazu geführt habe, dass der eine meint, eine Bürgerbefragung sollte erfolgen und andere wiederum nicht. Hier gehe es um solche Kriterien wie z. B. eine bestimmte Höhe von aufzuwendenden finanziellen Mitteln oder eine bestimmte Anzahl betroffener Bürger, die Grundlage einer Entscheidung bilden. Herr Naber betont, dass seine Fraktion das Instrument der Bürgerbefragung bekanntermaßen für nicht sinnvoll erachte. Deshalb und weil die Antragsteller selbst nicht die Zielrichtung und Vorstellung konkret beschreibe, werde die Fraktion Grüne/B 90 den Antrag ablehnen. Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass die gewünschten Kriterien die Möglichkeiten der Hauptsatzung verengen. Außerdem gebe es ein eindeutiges und nicht näher zu beschreibendes Kriterium, nämlich die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und wenn es die gebe, gebe es auch eine Bürgerbefragung.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es bisher nur eine einzige Bürgerbefragung zum Landtagsneubau gegeben habe und diese nur unter einer „Drucksituation“ zugelassen wurde. Er halte es für legitim, dass die Verwaltung recherchiere, wie das in anderen Bundesländern funktioniere, um das Mittel der Bürgerbefragung zielgerichtet und aktiv einzusetzen, weil das eine Möglichkeit sei, den Bürgerwillen in Entscheidungen einfließen zu lassen. Außerdem sei es legitim, dass die Politik Vorgaben an die Verwaltung gebe und durch diese dann auszufüllen seien.

Herr Schubert fordert die Antragstellerin auf, die Kriterien selbst zu recherchieren und wenn die gewünschten dabei seien, diese auch konkret zu benennen – ansonsten werde die Fraktion SPD den Antrag ebenfalls ablehnen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zum Juni 2010 Kriterien für die Anwendung des Mittels der Bürgerbefragung vorzulegen. Durch diese Form einer qualifizierten Konsultation der Einwohnerinnen und Einwohner soll die Entwicklung zu einer Bürgerkommune vorangebracht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	9
Stimmhaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den



Antrag abzulehnen.

- zu 7 Green IT (Energiesparende Informations- und Kommunikationstechnik)**  
**Vorlage: 10/SVV/0136**  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Herr Naber erklärt namens der antragstellenden Fraktionen, dass diese DS erledigt sei, wenn die Verwaltung zusichere, sich um die Inanspruchnahme der in der Begründung genannten Förderprogramme zu bemühen.

Die Prüfung, ob Chancen bestehen und dann auch davon Gebrauch zu machen, sagt Herr Exner zu.

- zu 8 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2010**  
**Vorlage: 10/SVV/0295**  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Graumann bringt die Vorlage ein.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme beträgt für das Jahr 2010 höchstens 15.270.000,00 €. Eine bedarfsbezogene Kreditaufnahme hat möglichst dergestalt zu erfolgen, dass Sondertilgungsrechte in der Weise bestehen, dass am Ende der Entwicklungsmaßnahme lediglich das genehmigte Defizit in Höhe von 7.824.299,66 € durch die Stadt zu übernehmen ist.**
- 2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2010 schriftlich zuzustimmen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

- zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 9.1 Sachstandsbericht - Tierheim**

Frau E. Müller führt dazu aus, dass aufgrund der bekannt gewordenen durchgreifenden Zweifel an der finanziellen Seriosität der Treberhilfe bekanntermaßen das Verhandlungsverfahren mit der Treberhilfe und der Tiertafel eingestellt worden seien. Für das weitere Vorgehen werde - auch durch die externe Begleitung - empfohlen, umgehend ein neues Verhandlungsverfahren ohne EU-Veröffentlichung zu beginnen. Dieses setze aber zwingend voraus, dass dies auf der Grundlage der bisherigen Leistungsbeschreibung durchgeführt werde. Das bedeute, Errichtung eines Tierheims in der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Gelände in Eiche in Verbindung mit einem pädagogischen Konzept. An diesem

Verfahren sollten die Interessenten aus dem Interessenbekundungsverfahren beteiligt werden, ebenso sei die Beteiligung weiterer Bieter auf dieser Grundlage möglich. Das bedeute, dass es am 01. Oktober 2010 kein neues Tierheim in Potsdam geben werde, denn erst Mitte August/September könne dem Hauptausschuss ein neuer Vorschlag unterbreitet werden und dann die Zuschlagserteilung erfolgen. Selbstverständlich könne sich der Tierschutzverein an dem Verfahren beteiligen.

Auf Bitte des Oberbürgermeisters wird die DS 10/SVV/0255 - Tierheim - der Fraktion DIE LINKE in die Diskussion mit einbezogen und anschließend von Herrn Dr. Scharfenberg eingebracht. Dieser betont, dass seine Fraktion die Auffassung vertrete, das Verfahren aufzuheben oder abzubrechen und sich auf den Bau eines neuen Tierheims zu konzentrieren. Das pädagogische Konzept erscheine der Fraktion DIE LINKE als „aufgepfropft“ und die jetzigen Schwierigkeiten seien Ausdruck dafür, dass das Modell nicht funktionieren könne und jetzt ein Hindernis für eine schnelle Lösung darstelle. Herr Naber verweist darauf, dass gerade die Fraktion DIE LINKE bisher auf Zügigkeit des Verfahrens gedrungen habe, was bei einem Abbruch des Verfahrens aber nicht mehr möglich sei - darin sehe er eine Diskrepanz.

Ebenso betont Herr Schröder, dass die Fraktion CDU/ANW einen Abbruch des Verfahrens für verfrüht halte. Wenn die Stadt selbst ein Tierheim bauen wollte, werde dafür Geld benötigt - der Haushalt für 2010 sei letzten Monat verabschiedet worden, so dass dies erst für den kommenden Haushalt wieder relevant sei. Er regt im Weiteren an, den bisherigen Beirat „Tierheim“ als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik wieder zu aktivieren und in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Schubert führt aus, dass die Fraktion SPD meine, den Punkt für einen Abbruch noch nicht erreicht zu haben. Natürlich könne es im Ergebnis dazu führen, dass alles neu diskutiert werden müsse - vorerst sollten die Verhandlungen geführt und die Ergebnisse abgewartet werden.

Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht nachdrücklich, dass es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE schon lange soweit sei, abzubrechen. Der Standort Wildpark sei ohne Alternative geschlossen und die Verknüpfung mit einem pädagogischen Konzept im Vorfeld kritisch diskutiert worden - in der europaweiten Ausschreibung habe es nur zwei Bewerber gegeben, wovon der zweite Bewerber ungünstige Voraussetzungen aufweise. Damit stehe die Frage, was von der Weiterführung des Verfahrens erwartet werde und was sich an der Situation geändert haben solle. Er meine, dass damit das zögerliche Vorgehen beim Tierheimneubau nun weitergehe.

Frau E. Müller betont ihrerseits, dass es keine Verzögerungstaktik der Verwaltung gebe und auch keine ablehnende Haltung gegenüber dem Tierschutzverein. Dieser hätte sich auch schon an der europaweiten Ausschreibung beteiligen können, habe er aber nicht getan. Selbst wenn die Stadt das Tierheim allein bauen würde, käme man um eine Ausschreibung nicht herum, weil die Stadt einen Betreiber brauche und auf Grund der dahinter stehenden finanziellen Aufwendungen eine Ausschreibung zwingend sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, warum erst im August bzw. September Entscheidungen zu treffen seien, verweist der Oberbürgermeister auf die neu aufzunehmenden Verhandlungen und die einzuhaltenden Fristen.

Herr Dr. Scharfenberg fordert den Oberbürgermeister auf, die DS 10/SVV/0255 in die Tagesordnung des Hauptausschusses am 28.04.2010 aufzunehmen und erst

dann zur Abstimmung zu stellen, da diese nicht mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung veröffentlicht worden sei. Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Gegen den Vorschlag von Herrn Schröder, den bisherigen Beirat „Tierheim“ als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik wieder zu aktivieren und in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, erhebt sich kein Widerspruch.

**neu Sachstand zum Abruf der Mittel aus den Konjunkturpaketen I und II**

Herr Exner verweist eingangs auf die dazu zu Beginn der Sitzung schriftlich ausgereichten Unterlagen und erläutert diese. Der Sachstandsbericht wird zur **Kenntnis genommen.**

**neu Information zum Groß Glienicker Seeufer**

Der Oberbürgermeister informiert über die Beseitigung von zwei Barrieren am Groß Glienicker Seeufer; für ein weiteres Grundstück habe es Probleme mit der Zustellung der Beseitigungsanordnung gegeben, weil der Anrainer den Briefkasten zugeklebt und das Namensschild und die Hausnummer abgeschraubt habe - mittlerweile sei die Zustellung aber erfolgt. Im Weiteren habe das Obergericht Berlin-Brandenburg in weiteren 4 Fällen den Berufungsantrag zurückgewiesen und es damit für rechtens erklärt, dass die Sperren wegzuräumen seien. In den nächsten Tagen werde die Stadt den Eigentümern die Beseitigungsanordnung zustellen – sollte diese nicht umgesetzt werden, drohe auch hier die Ersatzvornahme. Ein weiterer Anwohner habe gegen die Beseitigungsanordnung beim Gericht Widerspruch eingelegt, dieses müsse nun zunächst über die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs entscheiden.

Herr Schröder als stellvertretender Ausschussvorsitzender übernimmt die Sitzungsleitung, da der Oberbürgermeister an der Gedenkandacht anlässlich des 65. Jahrestages der Bombardierung Potsdams teilnimmt und somit die Sitzung verlassen muss.

**zu 10 Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, die DS 10/SVV/0228, „*Einbeziehung der Stadt in Landtagsneubau*“ in den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zu überweisen und spricht sich dafür aus, diese Angelegenheit auch im Hauptausschuss zu behandeln.

Im Weiteren fragt er nach, ob die Prüfung bezüglich des **Ersatzneubaus für die Weiße Flotte** im „Gange“ und ob es gesichert sei, dass die Stadtverordnetenversammlung entsprechend Beschlusslage im Mai über eine der Varianten entscheiden könne. Herr Klipp entgegnet, dass es einen mit dem Oberbürgermeister abgestimmten Zeitplan gebe und im Mai die Ergebnisse der Variantenprüfung vorgelegt werden. Eine entsprechende Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung werde es erst für die Juni-Sitzung geben können. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diese Zeitschiene nicht der Beschlusslage entspreche und das aus seiner Sicht inakzeptabel sei.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf das „**Schlaatzkonzept**“, dass laut Information im Hauptausschuss im Dezember 2009 bereits vorliegen müsste, den Stadtverordneten aber nach wie vor nicht bekannt sei. Herr Klipp antwortet darauf, dass die Überarbeitung laufe und sobald diese abgeschlossen sei, werde der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und

Bauen dem Oberbürgermeister einen Vorschlag unterbreiten, wie das in den Gremien beraten werden soll. Eine Bereitstellung vorab für eine Veranstaltung der Linken werde es nicht geben. Herr Dr. Scharfenberg merkt nachdrücklich an, dass dieses Konzept bereits seit Dezember im Geschäftsbereich des Beigeordneten Herrn Klipp vorliege und seit 4 Monaten nicht bearbeitet werde. Das gehe so nicht, denn den Stadtverordneten wurde eine zeitnahe Bearbeitung zugesagt.

Herr Schröder bittet, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über die konkrete Zeitschiene zu informieren.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum die **Beantwortung der Anfrage 10/SVV/0267, „Absetzung Fachbereichsleiter“**, unter Verweis auf die Wahrung der Vertraulichkeit verweigert worden sei. Dies sei für ihn unverständlich, weil alle diesbezüglichen Fakten in der Presse veröffentlicht und im Hauptausschuss darüber berichtet worden sei. Diese Frage werde im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet, so Herr Exner, ebenso wie die Frage, inwieweit der Oberbürgermeister informiert oder involviert war.